

Beschluss (vorläufig) Sicherheit und Freiheit

Gremium: Mitgliederversammlung

Beschlussdatum: 21.11.2019

Antragstext

1 Nürnberg ist eine der sichersten Großstädte Deutschlands. In den vergangenen
2 Jahren ist die Kriminalität kontinuierlich gesunken, während gleichzeitig immer
3 mehr Verbrechen aufgeklärt werden können. Dennoch haben immer mehr Menschen
4 Angst vor Gewalt, Einbruchskriminalität oder Übergriffen im öffentlichen Raum.
5 Dieser paradoxen Entwicklung stellen wir uns mit bedachtem Handeln und einer
6 nüchternen Analyse der Lage. Wir setzen dabei auf städtebauliche und
7 gestalterische Maßnahmen und eine effektive, partnerschaftlichen Zusammenarbeit
8 der städtischen Behörden mit Polizei und Justiz. Alle Bürger*innen sollen sich
9 im öffentlichen Raum wohlfühlen und sich gerne und ohne Angst durch die Stadt
10 bewegen.

11 Sicherheit gehört für uns in die Hände der Polizei. Wir fordern vom Freistaat
12 Bayern eine gut ausgestattete Polizei mit genügend Personal, die in Nürnbergs
13 Stadtvierteln bürger*innennah präsent ist, was eine Militarisierung der Polizei
14 ausschließt. Eine Verlagerung polizeilicher Kompetenzen auf ehrenamtliche
15 beziehungsweise private Dienste lehnen wir ab. Wir wollen keinen kommunalen
16 Ordnungsdienst auf Nürnbergs Straßen.

17 Die bestehenden Strukturen der kommunalen Kriminalitätsprävention wollen wir
18 evaluieren und wo erforderlich stärken. Wir sehen Potenziale vor allem im
19 gezielten Einsatz von Streetwork und in der verstärkten Einbindung von
20 beteiligten oder betroffenen Gruppen. Solche bürger*innennahen Ansätze erfordern
21 ehrenamtliches Engagement. Auch deshalb wollen wir dieses weiter fördern und
22 stärken.

23 Eine geringe Aufenthaltsqualität bedeutet nicht von vornherein eine Gefahr.
24 Dennoch führt sie dazu, dass Menschen sich unwohl fühlen und solche Räume
25 meiden. Deshalb wollen wir die Gestaltung unserer Straßen und Plätze verstärkt
26 in den Blick nehmen, so dass alle unbesorgt am öffentlichen Raum teilhaben. Wenn
27 Stadtviertel, Wege, Straßen und Plätze gemeinsam mit den Bürger*innen so geplant
28 und gestaltet werden, dass sie sich damit identifizieren können, kümmern sie
29 sich auch stärker um ihr Quartier und machen den öffentlichen Raum zu ihrer
30 Angelegenheit.

31 Wichtig ist auch, dass der öffentliche Raum sauber und ansehnlich ist. Wir
32 setzen uns für angemessene Reinigung, mehr Abfallbehälter, aber auch mehr
33 Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit ein. Bürger*innen sollen der Stadt
34 Verunreinigungen per „Dreck-weg-App“ melden können, damit die Stadt schneller
35 reagieren kann. Wir setzen uns für eine entspannte böllerfreie Feierkultur in der
36 Stadt an Silvester ein.

37 Schlüsselprojekt AKIM (allparteiliches Konfliktmanagement)

38 Als Alternative zum Kommunalen Ordnungsdienst schlagen wir ein allparteiliches
39 Konfliktmanagement vor. AKIM wird bei Konflikten an öffentlichen Plätzen aktiv,
40 wo andere Stellen nicht zuständig sind, oder weil ihr Einsatz nicht

41 verhältnismäßig oder rechtswidrig wäre. Die AKIM-Konfliktmanager*innen sind vor
42 Ort, um durch ihre Präsenz Konflikte zu beruhigen und vermittelnd einzugreifen,
43 sprechen mit den Konfliktparteien und informieren sie ggf. über die Regeln im
44 öffentlichen Raum. Sie benennen zuständige Stellen für weiterführende Hilfe oder
45 schalten sich direkt ein. Im Problemgebiet sind die Konfliktmanager*innen für
46 alle Seiten ansprechbar.